

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 55 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtentanne, Mittelndorf, Oitzsch, Pörsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmilka, Schönau, Waltersdorf, Wendischbühl, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Mellemzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 20 Bad Schandau, Dienstag, den 25. Januar 1927. 21. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Ein heftiges Erdbeben wurde gestern morgen 6,20 Uhr in Süd-Norwegen wahrgenommen. Am gleichen Tage kurz vor 5 Uhr wurden in verschiedenen Teilen Schottlands, in Island und auf den Orkney-Inseln heftige Erdstöße wahrgenommen, die unter dumpfen Geräuschen von 20 Sekunden bis zu anderthalb Minuten andauerten. Wenn auch kein Schaden angerichtet wurde, so ergriff doch die Bevölkerung große Anruhe. Viele Menschen verließen die Häuser und hielten sich einige Stunden im Freien auf.

* Wie der Quai d'Oran mitteilt, hat das Verfallener Militärkomitee nunmehr den Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission aus Berlin erhalten und mit seiner Prüfung bereits begonnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit der Einberufung der Bolschewikerkonferenz für den kommenden Sonnabend oder Sonntag.

* Die heftigen Schneestürme, die in ganz Benetien wüten, haben vor allem an den Telegraphen- und Telefonleitungen großen Schaden angerichtet. Die direkte telegraphische und telefonische Verbindung Venedig-Rom ist unterbrochen.

* Da die Zahl der Grippekranken in Sofia ständig im Steigen begriffen ist, wurden die Schulen, Theater und Kinos behördlich geschlossen. Alle öffentlichen Veranstaltungen sind verboten.

* In der vergangenen Nacht ist in Strahburg eine Höllenmaschine explodiert. Sämtliche Fensterheben der Umgebung zerprangen. Einige Häuser wurden schwer beschädigt. Es soll sich um den Raubakt eines Mannes handeln, der kürzlich aus seiner Wohnung ausgewiesen wurde.

* Am Sonntag ist in Paris der französische Chemiker und Erfinder des Explosivstoffes Melinit (1887), Eugen Tnuoin, im Alter von 78 Jahren gestorben.

Befreiungspolitik.

Von Robert von Schenk-Maailand.

Die menschliche Natur weist eine markante Eigenschaft auf: die Anpassungsfähigkeit. Der Arzt, der bei eingetretener Erkrankung sich nur auf diese Anpassungsfähigkeit verläßt, während es seine Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß die Abwehrkräfte des Organismus erhöht werden, begeht einen schweren klinischen Fehler. Denn Anpassung bedeutet noch keine Heilung. Die moderne Therapie ist vielmehr bestrebt, alle im Körper des Kranken vorhandenen Energien zu entfachen und zur Entwicklung der Antitoxine anzuregen, die allein im Stande sind, die Krankheitserreger zu zerstören. Gelingt dies dem Arzte, dann befindet der erkrankte Organismus.

Der Zustand, in welchem das Verfallener Diktat das deutsche Volk versetzt hat, stellt eine akute, schwere Krankheit dar. Daher ist jeder Gedanke abwegig, der nur durch Entwicklung der Anpassungsfähigkeit dieser schweren Erkrankung Herr zu werden versucht. Eine Politik, die sich in solchen Bahnen bewegt, vermag niemals die Nation aus ihrem Siechtum zu neuer Lebensblüte zu führen, würde vielmehr ihre Lebensäfte nur nutzlos verbrauchen, weil diese auf die Dauer durch die in den Paragraphen von Versailles enthaltenen Toxine aufgezehrt werden. Die deutsche Politik muß demnach darauf gerichtet sein, die Antitoxine zu produzieren, um die Giftstoffe des Verfallener Diktates zu zerstören und ihre Wirkungen zu paralysieren. Was bisher zur Bekämpfung des Verfallener Diktates gesehen ist, kann — um im Bilde zu bleiben, — nur als „symptomatische“ bestenfalls als „partielle Behandlung“ der Krankheit gewertet werden. Damit ist die Krankheit jedoch nicht zu bannen, weil der Krankheitsherd nicht restlos erfaßt wird; daher kann der Inbegriff deutscher Politik nur in der planmäßigen Zerstörung des Werkes von Versailles bestehen.

Entgegen allen bisherigen Erfahrungen in der Weltgeschichte ist dieses Problem nicht lediglich durch Gewaltmittel zu lösen. Denn es handelt sich vornehmlich um eine wissenschaftliche Aufgabe und zwar um die Schaffung und Entwicklung jener Antitoxine, welche die im Werke von Versailles enthaltenen Giftstoffe unschädlich machen müssen. Mit anderen Worten: Es gilt zunächst auf synthetischer Grundlage aufzubauen und zur Schaffung des Werkes alle Zweige des Wissens, der Technik, der Industrie und des Handels zu gemeinsamer Arbeitsleistung aufzurufen und heranzuziehen.

Gesonderte Arbeitsgruppen sind zu bilden. Jede Sektion hat unabhängig von den übrigen Gruppen die Paragraphen des Verfallener Diktates einem eingehenden Studium zu unterziehen und ein selbständiges Referat zu erstatten, d. h. Mittel, Wege und Richtlinien anzugeben, auf Grund derer die einzelnen Toxine der betreffenden Artikel paralytisch werden können.

Jede Arbeitssektion verfaßt somit gewissermaßen ihren eigenen Codez. Alle Arbeiten sind in einem besonderen Zentralinstitut zu vergleichen und in strenger, sachlicher Prüfung zu sichten, so daß der — als Ergebnis aller dieser Prüfungen — entstehende Einheits-Codez, nach bestem menschlichen Ermessen, zum grundlegenden Gesetz, somit zur Magna Charta aller künftigen Handelns erhoben werden kann.

Vor allem wird dieses Werk ein klares Bild der Gesamtlage ergeben, weil es über die Kräfte, welche zur Verfügung stehen, sowie über das, was fehlt und neu zu schaffen ist, genauen Aufschluß erteilt. Wir werden somit wissen, nach welcher Richtung unsere Anstrengungen sich zu entfalten haben. Damit wäre aber schon ein großer Schritt nach vorwärts getan, denn unsere ganze politische Einstellung bekäme dadurch eine aktive Tendenz.

Das Programm der kommenden Regierung

Verhandlungen über Marx' Regierungsprogramm.

Ausführliche Besprechungen mit den Deutschnationalen.

Reichsanzler Dr. Marx hat am Montag die Verhandlungen mit den Deutschnationalen über ihren Eintritt in die Reichsregierung ausgenommen. Den Besprechungen wohnten außer dem Reichsanzler, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Graf Westarp sowie die deutschnationalen Abgeordneten Nippel, Wallraf, von Goldacker und Treviranus bei.

Reichsanzler Marx hatte für die Beratungen ein reiflich ausgearbeitetes Regierungsprogramm zugrunde gelegt. An der Ausarbeitung dieses Programms sind neben Dr. Marx auch die bisherigen Minister Dr. Stresemann, Dr. Curtius, Dr. Brauns und Dr. Wall beteiligt gewesen. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß diese Minister auch der nächsten Reichsregierung angehören werden. Der Programmtext sieht in der Außenpolitik die Fortsetzung der Locarnopolitik, lokale Mitwirkung Deutschlands im Völkerverbund und die Fortführung der Außenpolitik Deutschlands in der bisherigen Art vor. Ein weiterer wichtiger Punkt des Programmtextes sei der Schutz der Republik gegen Organisationen, die auf einen Sturz des gegenwärtigen Verfassungsstaates hinarbeiten, sowie den Schutz der republikanischen Hoheitszeichen gegen Verleumdung und Angriffe. In der Frage der Reichswehr wird in dem Programmtext Bezug genommen auf eine Erklärung des Reichsanzlers vom 17. Dezember vorigen Jahres, in der es hieß, daß Angehörigen der Reichswehr jedes Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden verboten sei, daß die Annahme von privaten Geldspenden der Zustimmung des Reichswehrministers bedürfe, daß ferner eine Liste der auf Privatvertrag bei der Reichswehr angestellten Personen bis zum Ende des Etatsjahres vorgelegt werden müsse und daß schließlich die Bestimmungen für das Ersatzwesen einer Prüfung, eventuell einer Änderung unterzogen werden sollen. Die Deutschnationalen brachten zu einzelnen Punkten des Programmtextes Ergänzungswünsche vor.

Die Verhandlungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden. Inzwischen haben die Unterhändler der Deutschnationalen ihrer Gesamtfraktion Bericht über das bisherige Ergebnis der Besprechungen mit dem Reichsanzler erstattet. Reichsanzler Dr. Marx soll nach den Beratungen am Montag sich dahin ausgesprochen haben, daß ihr bisheriger Verlauf als nicht ungünstig bezeichnet werden kann.

Berlin, 24. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: „Reichsanzler Dr. Marx nahm heute vormittag die Verhandlungen über ein Regierungsprogramm mit den in Betracht kommenden Fraktionen des Reichstages auf. Zunächst wurden in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Brauns und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann die Vertreter der deutschnationalen Fraktion unter Führung des Grafen Westarp zu einer einleitenden Besprechung empfangen. Im Laufe des Nachmittags hatte der Reichsanzler nacheinander Besprechungen mit den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz

Die Paragraphen von Versailles umfassen mit Polypenarmen den ganzen Körper der deutschen Nation und suchen mit einer an Sadismus grenzenden Grausamkeit unsere Entwicklung zu verkrüppeln und einen kraftvollen Wiederaufstieg zu hemmen. Die Ueberwindung des Werkes von Versailles ist somit eine Leistung, welche restlose Hingabe erfordert. Alle geistigen und physischen Potenzen der Nation werden dazu herangezogen werden müssen. Aber wenn die Kräfte eines einzelnen Volkes zur Lösung solcher Aufgabe ausreichen, dann wurzeln diese Kräfte in der deutschen Nation, in ihrem ureigensten Wesen und in der ganzen Art seiner wissenschaftlichen Fortschuna. Nicht durch horizontale, sondern durch vertikale Entfaltung aller Energien können die Fesseln gesprengt werden. Es handelt sich nicht darum, in die Gefängnismauern Besessen zu legen, sondern aus ihnen emporzuwachsen und sie zu überflügeln. Damit ist der einzuschlagende Weg gekennzeichnet. Er weist nach aufwärts!

Und so kann letzten Endes die große Not der Nation zu Segen gereichen. Denn die in den einzelnen Sektionen zu leistenden Arbeiten werden auf alle Zweige des geistigen und wirtschaftlichen Lebens anregend und befruchtend wirken, indem sie zu unerhörten Leistungen anspornen und begeistern. Beaeisterung aber ist die Quelle großer Taten!

und den Vertretern der Wirtschaftlichen Vereinigung Dre w i s und A l p e r s. Gegen 6 Uhr abends empfing der Reichsanzler den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller-Franken zu einer Aussprache. Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt.

Wie die TU. erfährt, erklärte der Abg. Dre w i s, daß die Wirtschaftliche Vereinigung mit der geplanten Regierungsbildung einverstanden sei, behielt aber die Stellungnahme seiner Fraktion zu dem ihm unterbreiteten Programm für die Regierungsbildung und die Beantwortung der Frage, ob die Fraktion sich durch Präsentation von Ministern aktiv an der Regierung beteiligen wolle, der auf Dienstag angeführten Fraktions-sitzung vor.

Die Unterhaltung des Reichsanzlers mit dem Abg. Müller-Franken trug lediglich informatorischen Charakter. Der Kanzler unterbreitete dem Abg. Müller-Franken sein Regierungsprogramm und unterrichtete ihn über den Stand der Verhandlungen.

Fraktions-sitzung der Deutschnationalen.

Berlin, 24. Januar. Die deutschnationale Reichstagsfraktion gibt über ihre heutige Sitzung folgenden Bericht aus: Die Fraktion nahm den Bericht der Unterhändler entgegen und billigte ihr Verhalten.

Eine neue Erklärung

der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Berlin, 24. Januar. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erläßt folgende Erklärung:

Einzelne Zeitungen wiederholen trotz der mittlerweile erfolgten energischen Zurückweisung seitens aller angeblich beteiligter Personen die Behauptung, daß zwischen katholischen Abgeordneten der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Zentrum unter Beteiligung hoher katholischer Würdenträger behufs Annäherung beider Parteien vertrauliche Verhandlungen u. a. über die Kontordatsfrage geführt worden sind. Wir können nach Rücksprache mit allen katholischen Abgeordneten der deutschnationalen Reichstagsfraktion nochmals erklären, daß vorgegebene Meldungen in jeder Hinsicht unwahr sind und nur als Tendenz-lügen gewertet werden können.

Die liberale Vereinigung zur Regierungskrise.

Berlin, 24. Januar. Von der liberalen Vereinigung wird mitgeteilt:

Der geschäftsführende Ausschuß der Liberalen Vereinigung hat in seiner Sitzung am Montag die politische Lage eingehend besprochen, wie sie sich durch den jetzigen Stand der Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts ergibt. So wünschenswert schon aus außenpolitischen Gründen das Zustandekommen einer gesicherten Mehrheitsregierung ist, war man sich in der Erkenntnis der schweren Gefahren einig, die durch ein Zusammenwirken des Zentrums mit den Deutschnationalen in Fragen der Schul- und Kirchenpolitik heraufbeschwoeren werden. Da die Vormachtstellung des Zentrums auf der Spaltung des Liberalismus beruht, wurde beschlossen, in allen liberalen Kreisen die Aufmerksamkeit auf diese dem freien deutschen Geistesleben drohende Gefahr zu lenken und auf eine einheitliche Abwehrfront hinzuarbeiten.

Die Wirren in Nicaragua.

Mexikanische Proteste gegen Nordamerika.

Der Führer der Liberalen, Sacasa, erklärte, er sei bereit, zurückzutreten, falls Diaz auf die Präsidentschaft zugunsten einer dritten neutralen Persönlichkeit verzichte. Sacasa hat auch im Gegensatz zu Diaz das Vermittlungsangebot Guatemalas angenommen.

In der Stadt Mexiko hat eine Massenversammlung stattgefunden, in der gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika Protest erhoben wurde. Es kamen Flugschriften des Verbandes der Antimperialisten Nord- und Südamerikas zur Verteilung, in denen es heißt, China, Java und Indien kämpften für die Freiheit. Auch Amerika, das von Wallstreet als große Kolonie behandelt werde, rebelliere. Mexiko nationalisiere den Grundbesitz, Nicaragua opfere sich für den Gedanken der nationalen Selbständigkeit auf. 5000 Personen haben an der Versammlung teilgenommen.